

Schriftliche Frage Nr. 196 vom 5. Oktober 2021 von Frau Stiel an Herrn Ministerpräsident Paasch zu „Be-Alert“¹

Frage

Be-Alert, das System, über das die Behörden (Bürgermeister, Provinzgouverneure, Innenminister) in einer Notsituation die Bevölkerung per SMS, E-Mail oder über andere Kanäle alarmieren können, wurde im Jahre 2017 eingeführt.

Städte und Gemeinden werden SMS, Sprachnachrichten und E-Mails an ihre Einwohner senden. Ein Jahr nach seinem Start waren 403 der 589 belgischen Gemeinden an diesem Alarmsystem beteiligt. Zu diesem Zeitpunkt waren von den neun ostbelgischen Gemeinden Bütgenbach, Büllingen, Amel und Burg-Reuland noch nicht angeschlossen.

Menschen die dieses System kennen, konnten innerhalb von Minuten in Bezug auf die Flut in Eupen gewarnt werden. So wurden seitens der Behörden SMS auf französischer und auf deutscher Sprache verschickt.

Wir von der Vivant-Fraktion stellen uns die Frage, weshalb über dieses wichtige Instrument nicht mehr berichtet wird. Es ist die Aufgabe der Regierung die Menschen in Notsituationen rechtzeitig zu warnen, insbesondere in Verband mit Naturkatastrophen, wo schnelles Handeln angesagt ist.

Über dieses System hätten sicherlich viele Menschen rechtzeitig gewarnt werden können, die von der Flut völlig überrumpelt wurden und noch in ihren Häusern verharren.

Interessierte Bürger können sich registrieren und werden dann per Telefonanruf, SMS oder E-Mail in Notsituationen durch die belgischen Behörden direkt alarmiert. Dafür muss man das System aber erst einmal kennen.

Des Weiteren informiert Be-Alert über neue oder abgeänderte Corona-Maßnahmen seitens der Föderalregierung.

Wenn auch das System Be-Alert eine Initiative des Krisenzentrums des FÖD Inneres ist, so wurde dieses ins Leben gerufen um die Sicherheit und somit auch die Gesundheit jedes Einzelnen sicherzustellen.

Da es am 07.07.20 bei der interministeriellen Konferenz Gesundheit um den Einsatz des Be-alert Systems ging und Minister Antoniadis dieser Konferenz beiwohnte (1) lauten unsere Fragen wie folgt:

- 1) Angesichts von Naturkatastrophen, Terrorismusgefahr oder schwerwiegenden Unfällen sollte das Be-Alert System noch mal und in regelmäßigen Abständen beworben werden. Werden Sie dieses Thema bei der nächsten interministeriellen Konferenz ansprechen?
- 2) Welchen Beitrag könnte die DG leisten ?
- 3) Aus welchem Grund wurde über dieses Instrument in den letzten Jahren gar nicht mehr berichtet?
- 4) Sind mittlerweile alle Gemeinden der DG an dieses System angeschlossen?

Antwort, eingegangen am 8. November 2021

1) BE-Alert ist eine Alarmierungsplattform, die im Auftrag des Nationalen Krisenzentrum entwickelt wurde und durch das Krisenzentrum verwaltet wird. Nach Angaben des Krisenzentrums wirkt dessen Kommunikationsdienst in regelmäßigen Kampagnen darauf hin, den Nutzungsgrad der Plattform zu erhöhen. Seit Beginn einer regelmäßigen Kampagne mit den lokalen Behörden im Juni 2017 ist die Zahl der registrierten Bürger um 750.000 gestiegen. Anlässlich von Kommunikationen im Rahmen der Corona-Krise traten weitere 100.000 Bürger der Plattform bei. Eine nationale Kampagne am 7. Oktober 2021

¹ Die nachfolgend veröffentlichten Texte entsprechen den hinterlegten Originalfassungen.

brachte mehr als 26.000 neue Registrierungen. Aktuell sind rund 953.000 Bürger auf der Plattform registriert.

Da die Gliedstaaten in diesem Zusammenhang keinerlei Zuständigkeiten ausüben, ist das Thema auch keiner interministeriellen Konferenz zuzuordnen. An welche interministerielle Konferenz denkt die Fragestellerin denn?

2) Das nationale Krisenzentrum hat als verantwortlicher Auftraggeber eine Rahmenvereinbarung ausgearbeitet, die allen Behörden zugänglich ist, die für die Alarmierung der Bevölkerung im Notfall zuständig sind (d.h. die Innenministerin, Gouverneure und Bürgermeister). Die DG übt in diesem Zusammenhang keine Zuständigkeiten aus.

3) Siehe Frage 1.

4) Dazu könnte die Fragestellerin die Gemeinden befragen.